



Krise 2.0: Eine Politik für die 99%

22. Dezember 2011

Hans Baumann, Beat Ringger, Hans Schäppi, Johannes Wickli

1. Die Krise 2.0: Alte und neue Ursachen

Der im Jahr 2007 eröffnete Krisenzyklus ist in eine neue Phase getreten. Die Finanzkrise hat ihr Haupt wieder erhoben, und diesmal liegt der Brandherd in Europa. Es ist ungewiss, ob es den europäischen Eliten gelingen wird, den Brand zu löschen, oder ob es zu unkontrollierbaren Entwicklungen kommt und der Bestand des Euro in Gefahr gerät. Dies könnte die Krise dramatisch beschleunigen: Eine Rückkehr zu nationalen Währungen wäre mit einer Erschütterung der globalen Wirtschaftsbeziehungen verbunden, deren Auswirkungen kaum abzusehen sind.

Ein wichtiges Element der neuen Krisenphase ist die Handlungsschwäche der Europäischen Union. Diese Schwäche hat den spekulativ agierenden Finanzmarktakteuren skandalös grosse Spielräume eröffnet. Aus den Angriffen der Finanzmärkte auf die Bonität der Staatspapiere in einem peripheren Land der Eurozone (Griechenland) ist ein Flächenbrand entstanden, der durch entschlossenes Handeln (zum Beispiel durch die Emission von Eurobonds) hätte verhindert werden können.

Die am 9. Dezember 2011 von den EU-Regierungschefs beschlossene „Stabilitätsunion“ und der Einbau von Schuldenbremsen in die Staatshaushalte setzt eine Politik fort, mit der die Krise keinesfalls überwunden wird, sondern an Schärfe gewinnt. Die Verstärkung der Austeritätspolitik wird die Nachfrage weiter einschränken. Die Gründe dafür, dass der globale Kapitalismus 2007 in einen Krisenzyklus eingetreten ist, werden damit nicht beseitigt - im Gegenteil.

Die folgenden fünf Gründe bestimmen die Tiefe und die Hartnäckigkeit der Krise.

1. Die **Kapitalüberschüsse**, die in den dreissig Jahren neoliberaler Dominanz akkumuliert wurden, sind im Verlauf des bisherigen Krisenverlaufs **nicht ausreichend abgetragen** worden¹. Im Gegenteil wurden in den Jahren 2007 und 2008 (und werden auch jetzt wieder) enorme staatliche Geldmittel eingesetzt mit der Begründung, nur so liesse sich ein Kollaps der Finanzmärkte verhindern. Die Kapitalüberschüsse sind jedoch eine ständige Quelle von neuen spekulativen Wellen und Manövern, wie aktuell gegenüber Staatspapieren und Währungen (zum Beispiel dem Schweizer Franken). Neben den Finanzinstituten gehören auch die internationalen Grosskonzerne und Handelshäuser zu den Motoren dieser Kapitalüberakkumulation. Multinationale Konzerne sind eine treibende Kraft im international orchestrierten Druck auf die Löhne. Sie sind ebenfalls treibende Kraft, wenn es um das Entwickeln von Steuervermeidungspraktiken geht. Beides - Steuervermeidung und Lohndruck - führt zu einem weiteren Anwachsen der Kapitalüberschüsse. Viele transnationale Konzerne gehören zudem selbst zu den grossen Anlegern auf den Finanzmärkten, ohne dafür Banken oder andere Finanzhäuser in Anspruch zu nehmen. Deshalb ist Vorsicht geboten, wenn das „gute Realkapital“ dem „bösen Finanzkapital“ gegenübergestellt wird.

2. Die **wachsende Ungleichverteilung der Einkommen und der Vermögen** führt zu wachsenden Ungleichgewichten zwischen Angebot und Nachfrage. Weltweit sinken die Anteile der Löhne an der Wirtschaftsleistung. Der Luxuskonsum der Reichen kann dies nicht wettmachen. Deshalb bleibt die private Nachfrage hinter dem Angebot zurück. Versuche, die Nachfrage zu steigern, indem die privaten Haushalte zur Verschuldung animiert werden (z.B. via billige Hypothekarkredite) erhöhen die Krisenanfälligkeit. Die staatliche Nachfrage wiederum (Infrastrukturen, Gesundheitsversorgung, Bildung etc) leidet unter der restriktiven Steuerpolitik der Eliten. Die Austeritätspolitik, die gegenwärtig als Rezept gegen die Staatsverschuldung verfolgt wird, vergrössert die Nachfragerücken zusätzlich. Auch die Sonderstellung, die die USA jahrzehntelang einnehmen konnten, findet heute Grenzen. Die USA waren jahrelang in der Lage, sich weit überproportional zu verschulden. Denn die Stellung des Dollars als Weltwährung führte dazu, dass keine andere Wirtschaftsmacht den USA bei der Schaffung von neuen Dollarguthaben Grenzen setzen konnte. Doch das schiere Ausmass der aktuell angehäuften US-Schulden sowie die relative Schwächung der USA im internationalen Wettbewerb machen es zunehmend schwieriger, eine solche Schuldenpolitik fortzusetzen.

3. Die **Eliten weigern sich, in der Steuerpolitik eine Wende zu vollziehen**. Das ist doppelt dramatisch. Einerseits wurden die Staatshaushalte durch die Rettungsaktionen von 2007/2008 und durch erhöhte Ausgaben zugunsten der Arbeitslosenkassen belastet. Diese Kosten der Krise sollen nun auf die Lohnabhängigen und auf breite Bevölkerungsmehrheit abgewälzt werden. Dadurch verengt sich die Nachfrage ein weiteres Mal. Dahinter verbirgt sich aber noch eine grundlegende Entwicklung: Angesichts der weitgehenden Rationalisierung der Güterfertigung verlagert sich die wirtschaftliche Aktivität zunehmend

¹ Im Zeitraum von 1980 bis 2007 wuchsen die weltweiten nominellen Finanzvermögen um das 16-fache, während das Weltsozialprodukt um das 5-fache wuchs. Der Motor hinter dieser Aufblähung der Finanzvermögen ist die Tatsache, dass der Anteil der Profite am Sozialprodukt deutlich gewachsen ist, die Anteile der Löhne und der realen Investitionen jedoch gesunken sind. Dieser Kapitalüberhang (Kapitalüberakkumulation) muss früher oder später korrigiert werden. Denn das Kapital will Rendite erzielen, und eine solche Rendite wird spätestens in Krisensituationen auf ihren realen Kern hin überprüft. Rein spekulative "Wert"papiere müssen dann abgeschrieben werden. Um Banken zu retten, wurden nun aber 2007/2008 Berge von solchen "Wert"papieren durch den Staat übernommen.

in personenbezogene Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung). Diese Dienste werden sinnvollerweise als Service public erbracht. Die Wohlstandsmehrung ist heute auf wachsende öffentliche Dienste und stabile Systeme der sozialen Sicherheit angewiesen². Deshalb müssen die Staatsquoten steigen. Statt dass nun aber die Staatsquote kontinuierlich erhöht wird, wie das für einen zunehmenden Wohlstand unentbehrlich ist, wird sie blockiert oder nach unten gedrückt. Zudem haben die Eliten in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass die Steuerlast von den Unternehmen und den hohen Einkommen zu den Konsumsteuern und den Abgaben hin verlagert wurde, was wiederum die private Nachfrage gedämpft hat. Die Krise der Staatsfinanzen ist also überwiegend eine Steuerverweigerungskrise der Eliten. Das Argument, wonach die Einkommen der Unternehmen in die Realwirtschaft fließen würden, sticht nicht: Die Gewinne sind deutlich stärker gestiegen als die Investitionen in die reale Wirtschaft. Und da die Eliten zu keiner Korrektur bereit sind, sind bisher bei der Krisenbewältigung nennenswerte rückverteilende Steuererhöhungen auch ausgeblieben. In der Schweiz zum Beispiel wird im Gegenteil die Politik der steuerlichen Entlastung von Unternehmen und Reichen weiterhin forciert. Auch in andern Ländern hatten allfällige Steuererhöhungen für Reiche bestenfalls Symbolwert. Und auch bei der Einführung einer Transaktionssteuer ist kein Durchbruch abzusehen.

4. Diese Weigerung reiht sich nahtlos ein in die Fortsetzung der neoliberalen Politik der Deregulierung: Die Staaten wurden gegenüber den Finanzmarktakteuren systematisch geschwächt. Es entstand ein strukturelles Ungleichgewicht zwischen dem Finanzkapital und der staatlichen Regulierungsmacht. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass **die politischen Eliten erhebliche Aversionen haben, sich mit den spekulationstreibenden Finanzakteuren zu konfrontieren**. Sie lassen es zu, dass eine Hand voll Manager in Rating Agenturen, Hedge Fonds und Grossbanken der Politik den Marsch blasen. Denn eine Konfrontation mit den Spekulanten wäre unweigerlich mit einer Aufwertung der Politik verknüpft. Interessensgegensätze müssten politisch ausgetragen werden und könnten nicht mehr den „Märkten“ überantwortet werden. Das stünde im Gegensatz zu dem, worauf der Neoliberalismus nun seit 30 Jahren hinarbeitet: Auf die Schwächung der Politik und auf die Stärkung von "Marktkräften" in fast allen gesellschaftlichen Belangen.

5. Zentrales Beispiel eines solchen **Interessensgegensatzes ist derjenige zwischen den Deutschen Eliten** (mit einigen andern Ländern im Schlepptau) **und den Eliten der meisten andern EU-Länder**. Die deutschen Unternehmen haben dank tiefen Lohnstückkosten erhebliche Marktanteile erobert und sind nicht bereit, diese Vorteile preiszugeben. Sie drängen auf eine harte Sparpolitik seitens der EU-Krisenländer und blockieren europäische Lösungen, z.B. auf der Basis von Eurobonds. Mit der Emission solcher Bonds könnte der spekulative Druck auf die nationalen Staatspapiere mit einem Schlag eliminiert werden. Doch solche Bonds müssten von Deutschland anteilmässig mitgetragen werden: die Zinsen wären leicht höher als diejenigen der deutschen Staatspapiere. Diese Interessensgegensätze haben bislang dazu geführt, dass die Stabilisierungsmassnahmen (Rettungsschirme) laufend zu spät und zu schwächlich ausgefallen sind. Sie konnten eine Zuspitzung Krise nicht aufhalten, obwohl mittlerweile eine Summe von 700 Mia Euro in Spiel ist.

² Siehe dazu auch den Denknetz-Grundlagentext "Zu reich für den Kapitalismus: Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion" vom April 2010. http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Text_Krise_der_gesellschaftlichen_Investitionsfunktion_def-2.pdf

2. Eckwerte einer linken Antwort auf eine neuerliche Eskalation der Krise

Es muss also damit gerechnet werden, dass die europäischen Eliten nicht in der Lage sein werden, den Brand nachhaltig zu löschen. Ähnlich wie 2007/2008 sind die Finanzmärkte auch heute wieder von einem Kollaps bedroht. Banken misstrauen sich zusehends und gewähren sich keine Kredite mehr. Bereits mussten die Finanzmärkte mit Dollars geflutet werden, um die Liquidität der Banken erhalten zu können, und die Europäische Zentralbank hat aus demselben Grund die Zinsen, die sie von den Banken für den Eurobezug verlangt, erneut gesenkt. Die neueste Ankündigung vom 21. Dezember 2012: Den EU-Banken werden 500 Mia Euro auf drei Jahre zu einem Zins von 1% ausgeliehen - ohne jede Auflage zur Verwendung dieser Billigstkredite.

Sollte sich die Lage destabilisieren, könnte die Krise rasch einen unkontrollierbaren Verlauf annehmen. Auch in einem von der Krise bislang nur wenig betroffenen Land wie der Schweiz muss **die Linke deshalb rechtzeitig die Eckwerte definieren, nach denen sie auf eine neuerliche Zuspitzung der Krise reagieren will**. 2007 und 2008 waren alle gesellschaftlichen Kräfte von der Krise überrumpelt. 2012 oder 2013 wird man dieses Argument nicht mehr geltend machen können: Die Linke wird eigenständige Antworten präsentieren müssen.

Too big to fail, Finanzdienste als Service public

Sollte es zu einem Zusammenbruch des Interbankengeschäfts oder zu einem Zerfall des Euro kommen, dann wäre die Solvenz vieler Banken bedroht. Auch die Schweizer Grossbanken wären mit einem Schlag erheblich exponiert, auch wenn ihre Forderungen gegenüber den Hauptschuldnerländern im Moment gering sind. Die **too-big-to-fail-Problematik** könnte sich trotzdem schnell wieder stellen. Eine zweite Rettungsaktion nach dem Muster der UBS-Rettung von 2008 darf nicht mehr in Frage kommen. Es darf nicht noch einmal passieren, dass Banken mit massiven Staatsbeträgen gestützt werden, ihre Handlungsmacht dabei jedoch unangetastet bleibt. Grossbanken, die ins Trudeln geraten, müssen stattdessen unter direkte öffentliche Kontrolle gestellt werden. Dabei dürfen die Verbindlichkeiten der Bank auf keinen Fall auf den Staat übertragen werden.

Mit der Übernahme der Kontrolle über die Banken müssen folgende Schritte eingeleitet werden:

- Sicherung der elementaren Finanzdienste (Zahlungsverkehr, Kontoführung, Kreditwesen). Diese elementaren Finanzdienste sollen im weiteren Verlauf generell und definitiv in einen Service public überführt werden.³

³ Dazu ausführlich: Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, Juni 2010: Zur Too big to fail - Problematik: Finanzdienste als Service public. http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf

- Sofortige und Streichung aller Boni und aller Ansprüche auf Boni
- Offenlegung aller Bücher
- Öffentliche Diskussion und demokratisch legitimierte Festlegung der Kriterien, nach denen die Gläubiger bewertet werden, unter Bevorzugung der KleinsparerInnen, der Eigenheimbesitzenden, der KMU und der Pensionskassen.

Bei diesen Massnahmen ist sorgfältig darauf zu achten, dass inländische und ausländische Ansprüche nach denselben sozialen und demokratischen Kriterien bewertet werden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass die sozial fortschrittlichen Kräfte verschiedener Länder (Gewerkschaften, NGO, Occupy-Bewegungen etc) eine gemeinsame Politik entwickeln und sich nationalegoistischen Strategien widersetzen können. Die Gleichbehandlung von in- und ausländischen Ansprüchen ist auch die beste Grundlage, um allfällige Forderungen ausländischer Eliten zurückzuweisen, die Schweiz habe für die Verbindlichkeiten ihrer Banken umfassend mit Steuermitteln zu haften – Forderungen, wie sie 2008 gegenüber Island und Irland erhoben worden sind⁴.

Währungspolitik

Die Nationalbank ist darauf zu verpflichten, gegenüber den wichtigsten Handelspartnern einen Frankenkurs festzusetzen, der sich im Bereich der Kaufkraftparitäten bewegt. Der Mindestkurs von CHF 1.20 für einen Euro ist zu tief und muss angehoben werden.

Krisenfonds

Um den Wirkungen einer mit der neuen Finanzkrise verbundenen Wirtschaftskrise aufzufangen, wird **ein Krisenfonds** eingerichtet, der mit einer einmaligen progressiven Spezialabgabe auf sehr hohen Vermögen gespiesen wird. Ziel muss ein Fonds in der Höhe von mehreren Dutzend Mia CHF sein. Der Fonds dient der Stützung der besonders von der Krise betroffenen Branchen (wobei die Einhaltung von GAV, öffentlichem Personalrecht, von fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen durchzusetzen ist), der öffentlichen Dienste und der Sozialversicherungen. Aus dem Fonds soll im Sinne einer Anschubfinanzierung auch ein Programm zur Förderung nachhaltiger Technologien und Verfahren aufgelegt werden. Die Schweiz startet eine entsprechende Innovationsoffensive.

⁴ Die Isländische Bevölkerung hat dies in Volksabstimmungen zwei Mal zurückgewiesen und damit eine zusätzliche Verschärfung der Krise verhindert, während die irische Regierung einem solchen Schuldendienst zugestimmt hat - mit dem Erfolg, dass Irland im Krisensumpf zu versinken droht.

Steuerwende

Das in der **Denknetz-Steueragenda** entworfene steuerpolitische Programm soll raschmöglichst implementiert werden. Im Zentrum steht eine deutliche Erhöhung der Unternehmenssteuern, die Abschaffung der Steuerprivilegien für Holdings und Beteiligungsgesellschaften, die erhöhte Besteuerung der höchsten Einkommen und Boni sowie die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer. Damit würde ein Teil der steuerlichen Umverteilungspolitik der letzten 15 Jahre rückgängig gemacht. Die Schweiz muss aufhören, andern Ländern Steuersubstrat zu rauben. Damit soll der Spielraum für eine fortschrittliche Steuerpolitik auch in andern Ländern verbessert werden.

Altersvorsorge

Mit einem bestehenden Kapitalstock von rund 600 Milliarden Franken sind die Renten der 2. Säule zu einem erheblichen Masse der Krise auf den Kapitalmärkten ausgesetzt. Ein weiterer Ausbau des Kapitalstocks muss deshalb gestoppt werden. Neue Beiträge zur Alterssicherung sollen nur noch in die AHV fließen, die sukzessive zu einer vollwertigen Alterssicherung ausgebaut wird⁵.

Steuerhinterziehung und „Bankgeheimnis“

Schwere Steuerhinterziehung (d.h. Hinterziehung mit einer Deliktsumme, bei der es sich offensichtlich nicht mehr um ein Versehen handelt) soll dem Steuerbetrug gleichgesetzt werden. Damit können die Strafbehörden eingreifen, und sie sind zu internationaler Zusammenarbeit verpflichtet. Das Bankgeheimnis im Sinne des Steuerhinterziehungsgeheimnisses wird damit aufgehoben. Für die Finanzinstitute sollen im Verkehr mit Steuerbehörden im In- und Ausland die Regeln des automatischen Informationsaustausches gelten. Die Schweiz soll sich weltweit für eine wirksame Bekämpfung der Off-shore-Finanzplätze und ihrer Praktiken zur Förderung von Steuerbetrug und zur Steuervermeidung einsetzen. Sie verabschiedet sich damit endgültig von der bisherigen unsolidarischen Schmarotzerpolitik im Interesse der Steuerhinterzieher und der Banken.

Löhne

Um mehr Einkommensgerechtigkeit zu erwirken, sollen verbindliche Mindestlöhne eingeführt werden, wie es die Volksinitiative des SGB fordert. Diese Initiative wird im Januar 2012 eingereicht. Ebenso soll die maximale Lohnspreizung innerhalb eines Unternehmens auf eine Spanne von 1:12 begrenzt werden, wie dies die entsprechende Initiative der Jusos fordert.

⁵ Siehe dazu das Reformkonzept für eine Totalrevision der Altersvorsorge der Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie vom Herbst 2009: http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Altersvorsorge._Jahrbuch.def_ohne_Kopfzeile.pdf

Globale Politik der Gerechtigkeit

Auf internationaler und insbesondere auf europäischer Ebene soll sich die Schweiz aktiv einsetzen:

- für einen Mindestsatz der effektiven Unternehmenssteuern von 30% auf Gewinnen über 10 Mio Euro/US-Dollar
- für die sofortige Implementierung einer griffigen Finanztransaktionssteuer
- für ein Verbot von spekulativen Finanzprodukten und für eine griffige Bewilligungspraxis von neuen Finanzprodukten
- für eine Unterbindung von on-the-counter-Finanzgeschäften, die ausserhalb der Börsenregulierungen abgewickelt werden
- für Eigenmittelanforderungen der Banken von 30%
- für eine staatliche Kontrolle der Ratingagenturen und der Hedge Funds
- für eine europaweite Koordination der Lohn- und Sozialpolitik, welche koordinierte Mindestlöhne festschreibt und Lohndumping verhindert
- für eine weltweite Implementierung der 1:12-Regel bei den Salären innerhalb derselben Unternehmung.
- für einen Abbau des ökonomischen Ungleichgewichts und einen „Mashallplan“ für Europa als Alternative zur Austeritätspolitik gegenüber den verschuldeten Ländern. Die Nachfrage soll im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, des Service Public, des Bildungssektors und durch Investitionen in den ökologischen Umbau angekurbelt werden.

3. Eine Politik für die 99%

In den letzten Jahrzehnten sind wir immer produktiver geworden. Die Güter des täglichen Bedarfs können in einem Bruchteil der früher notwendigen Zeit hergestellt werden. Wissen und technologische Fertigkeiten sind enorm gewachsen, der gesellschaftliche Reichtum hat bedeutend zugenommen. Trotzdem verschlechtern sich gegenwärtig weltweit die Lebensverhältnisse weiter Bevölkerungsteile. Trotzdem sind wir nicht in der Lage, drängende Probleme wie den Klimawandel ernsthaft anzupacken.

In den letzten Jahren ist der Reichtum des einkommensstärksten Prozent der Bevölkerung rasant gewachsen. Doch die herrschende Politik will uns weismachen, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt und müssten nun den Gürtel enger schnallen. Die Politik könne nichts ausrichten gegen die unbestechliche Macht der Märkte: Der Reichtum der Reichsten gründe mal nun in diesen Märkten.

Diese Logik wird immer absurder und immer demokratiefeindlicher. Je tiefer sich die Krise in die Gesellschaften eingräbt, desto unausweichlicher wird es, sich der grundlegenden Alternative zu stellen: Entweder lassen wir es zu, dass sich eine Politik im Interesse des einen Prozent durchsetzt, wie sie

gegenwärtig in Europa praktiziert wird. Damit nehmen wir eigentliche Einbrüche in der Lebensqualität der 99% in Kauf sowie eine Blockade der dringend nötigen gesellschaftlichen Innovationen z.B. in der Umweltpolitik. Oder wir sorgen dafür, dass der Reichtum des einen Prozent aus den Finanzmärkten in die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit transferiert wird. Dies gelingt, wenn die Linke sich erneuert und den Mut aufbringt, sich mit der Politik des einen Prozent zu konfrontieren.

Wie schlimm ist die aktuelle Staatsverschuldung?

Der Staat kann seine Aufwände auf drei Arten finanzieren. Er kann Steuern erheben, er kann für seine Leistungen Gebühren verlangen, oder er kann auf den Finanzmärkten Geld leihen. Letzteres tut er mit der Ausgabe von Staatsanleihen mit einer spezifischen Laufzeit und einen i.A. fixen Zinssatz. Zum Beispiel hat die Schweiz im September 2011 Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einem Zinssatz von 2% aufgelegt, im November 2011 eine solche mit einer Laufzeit von 15 Jahren und einem Zinssatz von 4%. Laufen die Staatspapiere aus, müssen sie ausbezahlt und refinanziert, d.h. durch die Auflage neuer Anleihen ersetzt werden (es sei denn, der Staat wolle seine Schulden abbauen).

Schulden machen dann Sinn, wenn damit höhere Erträge gemacht werden können als Zinsen bezahlt werden müssen. Das ist der Grund, warum Unternehmen Kredite aufnehmen (also Schulden machen). Auch ein Staat kann künftige Erträge generieren, in dem er in Ausbildung, Infrastruktur etc. investiert und dadurch die Wirtschaftsleistung stärkt, was ihm wiederum erlaubt, künftig höhere Steuererträge zu budgetieren.

Es wird immer wieder angeführt, Staatsschulden gingen zu Lasten künftiger Generationen. Das ist falsch. Es ginge vielmehr zu Lasten der zukünftigen Generationen, wenn der Staat auf sinnvolle und notwendige Investitionen verzichtet (z.B. in Bildung und eine gute Infrastruktur), nur um à tout prix keine Schulden zu machen. Schulden können also auch für einen Staat sinnvoll sein, sofern die Gesamtlast der Zinsen kleiner bleibt als die voraussichtliche Zunahme an Erträgen, das aufgrund der Geldaufnahme ermöglicht wird.

Allerdings gibt es gute Gründe, die Verschuldung nicht über ein bestimmtes Niveau anwachsen zu lassen. Der Schuldendienst (also die Bezahlung der Zinsen) darf den Spielraum für staatliches Handeln nicht einschränken. Schulden führen zudem dazu, dass Staaten sich an den Finanzmärkten exponieren. Staatsanleihen galten allerdings während Jahrzehnten als sicherste Form der Kapitalanlage, weil Staaten "eigentlich" nicht Konkurs gehen können (zumindest können sie nicht von der Bildfläche verschwinden). Wichtige Finanzakteure (eine Handvoll Hedge-Fonds Manager) haben jedoch im Winter 2009/2010 entschieden, mit Staatsanleihen zu spekulieren und dafür zu sorgen, dass die Zinssätze in die Höhe getrieben werden. Als erstes Opfer wurde Griechenland auserkoren. Die Griechische Regierung hätte damals versuchen müssen, sich dem Druck zu widersetzen. Statt fällige Anleihen auszubezahlen hätte sie die Laufzeit dieser Anleihen zu einseitig festgelegten Zinssätzen verlängern können. Damit wäre sie auf Konfrontationskurs mit den Finanzmarktakteuren gegangen. Sie hätte die eigene Bevölkerung für diese Konfrontation mobilisieren und innerhalb Europas Verbündete suchen müssen (z.B. bei Gewerkschaften, NGO; Linksregierungen etc). Und sie hätte dafür sorgen müssen, dass auch in Griechenland die Besitzenden und die Reichen Steuern bezahlen.

Natürlich kann niemand mit Gewissheit sagen, dass eine solche Politik erfolgreich gewesen wäre. In Krisensituationen ist jede politische Option mit vielen Ungewissheiten behaftet. Sicher ist allerdings, dass die andere Option - die Unterordnung unter die Finanzmarktakteure - zu einem rasanten Niedergang geführt hat, der die Talsohle noch nicht erreicht haben dürfte.

Eine detaillierte Darstellung der Staatsschuldenthematik findet sich in: Andres Frick, Zur Diskussion der Staatsverschuldung, Denknetz-Jahrbuch 2005, <http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/frick.pdf>